

Sächsische Zeitung*

SZ-ONLINE.DE

Musikschulen bangen um Existenz

Der Kulturraum hat erstmals Förderrichtlinien festgelegt, die zurzeit kaum eine Schule erfüllen kann.

23.10.2018

Von Gunnar Klehm



Die Leiterin der Musik-, Kunst- und Tanzschule Bannewitz, Jeanne Kompare-Zecher, und Elternvertreter Jürgen Voitel machen sich große Sorgen um die zukünftige Finanzierung, weil jetzt zahlreiche neue Forderungen aufgestellt werden.

© Karl-Ludwig Oberthür

Sächsische Schweiz. Seit Monaten wird dieses heikle Papier diskutiert. Es stellt die bisherige Struktur der Musikkullandschaft im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge grundlegend infrage. Wie sie diesen Sachverhalt auch dreht und wendet, Jeanne Kompare-Zecher ist ratlos, wie sie die neuen Vorgaben erfüllen soll. „Ich habe eine Musikschule mit 1 200 Schülern zu leiten. Doch jetzt bin ich gezwungen, nebenbei noch grundlegende Strukturveränderungen anzugehen“, sagt die Leiterin der Musik-, Tanz- und Kunstschule (MTK) Bannewitz.

Ursache für das Kopfzerbrechen ist die neue Förderrichtlinie für den Kulturraum Meißen-Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Die haben die beiden Landräte, Arndt Steinbach und Michael Geisler (beide CDU), herausgegeben. Darin heißt es unter anderem, dass die jeweiligen Sitzgemeinden der Musikschulen mindestens 25 Prozent der gesamten Förderung tragen müssen. Außerdem soll eine bestimmte Mindestanzahl von Unterrichtsstunden gehalten und mindestens zu einem Drittel dezentrale Angebote außerhalb der sogenannten Sitzgemeinde gemacht werden müssen.

Bisher war das nicht nötig, gab es Geld vom Kulturraum ohne gesonderte Nachweise. „Das war eine liebgewonnene Gewohnheit, dass Sitzgemeinden ihren Anteil freiwillig festlegen konnten. Im Vergleich zu anderen Regionen ist das aber nicht üblich“, sagt Till Wanschura, Geschäftsführer der Musikschule Sächsische Schweiz. Er ist davon überzeugt, dass seine Einrichtung die neuen Vorgaben erfüllen kann, wenn alle 20 Städte und Gemeinden, in denen die Musikschule Sächsische Schweiz aktiv ist, ihren finanziellen Anteil leisten. Die betreffenden Gemeinden seien darüber informiert und es habe noch keine negative Rückmeldung gegeben, sagt Wanschura. Die Sitzgemeinde Pirna sei zwar am meisten gefordert, profitiere aber auch überproportional stark von den Angeboten, so Wanschura.

Regionale Bedeutsamkeit fehlt

Was in der Sächsischen Schweiz offenbar leicht zu lösen ist, führt im Alt-Weißeritzkreis zu realen Existenzsorgen. Die Gemeinde Bannewitz hält den geforderten 25-Prozent-Anteil für nicht bezahlbar. Das wären allein für die MTK Bannewitz mehrere zehntausend Euro zusätzlich. Derzeit übernimmt die Gemeinde nicht mal 15 Prozent. Zudem existiert eine weitere Musikschule des Musikvereins Bannewitz. Für das kommende Jahr gibt es erst mal eine Galgenfrist. Die Gemeinde hat die für 2019 geforderte Erhöhung auf 15 Prozent zugesagt. Mehr gehe aber nicht. Kann die Gemeinde die bis 2021 geforderten 25 Prozent nicht aufbringen, hat das fatale Folgen. Dann würde auch die Förderung vom Kulturraum wegfallen, etwa 180 000 Euro fürs Jahr. „Für unsere Einrichtung wäre das das Ende“, sagt Elternvertreter Jürgen Voitel. Der MTK würde es auch nichts nützen, wenn die Musikschule so weit schrumpfen würde – und damit auch der Förderbedarf –, dass der Anteil, den die Gemeinde Bannewitz sich leisten kann, den ursprünglichen 25 Prozent entspricht.

Denn es gibt in der Förderrichtlinie weitere Knackpunkte. Jede Einrichtung muss ab 2021 mindestens ein Drittel der Tätigkeit außerhalb der Sitzgemeinde anbieten, um ihre „regionale Bedeutsamkeit“ zu belegen. Das ist derzeit nicht der Fall, es müsste mehr statt weniger Angebote geben oder die müssten verstärkt außerhalb der Gemeinde stattfinden. Bannewitz würde dann aber Musikunterricht in anderen Gemeinden finanzieren.

Die Musikschule Dippoldiswalde hat ähnliche Probleme. Auch hier hat die Stadt als Sitzgemeinde den Anteil für 2019 angepasst. Ob er aber weiter erhöht werden kann, ist unklar. Zudem werden aktuell zu wenig dezentrale Angebote gemacht.

Philharmonie kostet viel Geld

Auch die Musikschule Wilsdruff kann in der derzeitigen Konstellation nur noch 2019 den Vorgaben gerecht werden. „Die Stadt Wilsdruff plant deshalb eine Zusammenarbeit mit der Stadt Freital, um die geforderten Kriterien weiterhin erfüllen zu können“, erklärt Marion Pambor, die Vorsitzende des Musikschulvereins Wilsdruff. Das könnte auch die Lösung für die Musikschule Freital sein. Die wird als Eigenbetrieb der Stadt geführt, könnte sämtliche Forderungen erfüllen, bis auf den dezentralen Anteil. Ein Verschiebebahnhof von Angeboten zwischen Wilsdruff und Freital zu organisieren wäre zwar bizarr, würde der Förderrichtlinie aber gerecht werden.

Der Musikverein Bannewitz hat im September zu dem Thema eine Petition an den Landtag geschrieben. Die MTK Bannewitz hat sich an alle Kreisräte gewandt. Ein Zusammenschluss mit anderen Musikschulen oder ein Zweckverband der Kommunen hält man bei der MTK für einen gangbaren Weg. „Aber wir machen das alles ehrenamtlich, da brauchen wir mehr Unterstützung“, sagt Elternvertreter Jürgen Voitel und schlägt einen Runden Tisch mit allen Beteiligten vor. „Bis dahin müssen die Landräte die Vorgaben für die Musikschulen außer Kraft setzen“, sagt er.

Dass es überhaupt neue Regeln gibt, begründet das Landratsamt damit, dass die bisherige Praxis nicht dem Sächsischen Kulturraumgesetz entsprach. Das sieht zwingend einen Sitzgemeindeanteil vor. Warum dieser relativ hoch ist, wird damit begründet, dass die Elblandphilharmonie immer teurer wird und mehr Mittel aus der Kulturraumförderung verschlingt. Die Beigeordnete des Landrats, Kati Hille (CDU), hält es außerdem für wirtschaftlicher, wenn Musikschulen fusionieren. „Das erscheint ratsam, um den Fortbestand weiterhin zu sichern“, erklärt Hille. Alle Musikschulen wurden im Vorfeld der Beschlussfassung zu den geänderten Förderkriterien informiert und hatten Gelegenheit zur Stellungnahme, erklärt sie.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/musikschulen-bangen-um-existenz-4036683.html>
